

Die Beschlüsse über das Herrenhaus.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. Mai.

Im weiteren Verlauf der Beratung über § 8 der Herrenhaus-
verfassung (Vertreter der Selbstverwaltung und der Berufskände)

Zu erledigen ist nun noch das Gesetz über die Verfassungs-
änderungen, das Mantelgesetz, ferner die sogenannten
Sicherungen.

Abg. Dr. Pachnicke (Fortfchr. Vpt.) beantragt, zuerst die
Haushaltsfragen zu besprechen.

Auf Anregung des Vizepräsidenten Dr. Porstch wird be-
schlossen, zuerst über die Sicherungen in bezug auf Kirche, Schule
und Wahlkreiseinteilung zu verhandeln.

Die Sicherungen.

Ein Zentrumsantrag will folgende Bestimmung in die
Verfassung einfügen: „Der konfessionelle Charakter der
öffentlichen Volksschulen wird entsprechend den Bestimmungen
des Gesetzes, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volks-
schulen, gewährleistet.“ Weiter soll folgende Bestimmung auf-
gehoben werden: „Die nach der gegenwärtigen rechtlichen Ord-
nung des Verhältnisses des Staats zur evangelischen und römisch-
katholischen Kirche diesen Kirchen zustehenden Besugnisse werden
dauernd aufrechterhalten.“ Und weiter: „Die evangelische und
die römisch-katholische Kirche sowie jede andere Religionsgemein-
schaft bleiben im Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unter-
richts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen
und Fonds.“ Und schließlich: „Die Verfassung kann
auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung
geändert werden, wobei für jede Aenderung der Bestimmun-
gen des Titels II „Von den Rechten der Preußen“ in jeder
Kammer eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln
erforderlich ist.“

Ferner liegt folgender Antrag Dr. Porstch (Str.) vor: „In
Übereinstimmung mit

Deutscher Reichstag.

159. Sitzung, Montag, 6. Mai, 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Freiherr v. Stein.
Vizepräsident Dr. Paasche gedenkt des Geburtstages des
Kronprinzen. Wir können ihm kein besseres Geschenk als in
Wunsch übermitteln, daß er den nächsten Geburtstag nicht mehr
auf blutigem Schlachtfelde, sondern in Ruhe und Frieden verbringen
möge. (Beifall.)

Hierauf wird die zweite Lesung des Haushalts des Reichswirt-
schaftsamts fortgesetzt.

Abg. Hoch (Soz.) bespricht die bisherigen Reden der bürger-
lichen Parteien und wendet sich insbesondere gegen den Abg. Dr.
Bildgrube, auf den die Sozialdemokratie wirke, wie das rote Tuch
auf den Stier. Unsere Kriegswirtschaft hat zu spät und dann nur
halb eingeseht. Dem Ausbeuter- und Wucherer ist immer noch
freie Bahn gelassen. Der Redner wendet sich gegen Wiederher-
stellung der freien Wirtschaft und die Ausführungen des Abg.
Nieser. Bei den Friedensverträgen muß das Reichswirtschaftsamt
im Sinne der Verständigung und gegen die Bandannexionisten wir-
ken, damit unsere Handelsbeziehungen wieder angeknüpft werden
können.

Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Freiherr vom Stein:

Die Ausführungen des Abg. Hoch zeigen, daß man grundsätzlich
verschiedener Auffassung sein und doch bei praktischen Maßnahmen
übereinstimmen kann. Denn er hat in vielen Punkten der Tätig-
keit des Reichswirtschaftsamtes zugestimmt. Leider ist er in den
Fehler verfallen, dem Reichswirtschaftsamt noch eine ganze Reihe
von Aufgaben zuzumuten, die ihm nicht obliegen, und die es nicht
übernehmen kann. Die Vermehrung des Aktienkapitals fällt unter
die Zuständigkeit der Landeszentralbehörde, die die Genehmigung
zu erteilen hat. Allerdings holt die Landeszentralbehörde die Zu-
stimmung der Reichsbank ein. Auch im Falle Daimler hat das
Reichsbankdirektorium nach eingehender Prüfung die Erhöhung
des Aktienkapitals gutgeheißen, da das Aktienkapital in
seinem Verhältnis zu der Größe der übernommenen Aufträge stand.
Die Preise müssen so gestellt werden, daß alle Betriebe auf ihre
Kosten kommen. Wenn dann die technisch vorteilhaft eingerichteten
Betriebe höhere Gewinne erzielen, so liegt darin nichts Unlauteres.
Diese Gewinne dem Reich zuzuführen, ist nicht eine Aufgabe der
Preisbestimmung, sondern Sache der Steuer-
politik. Wenn einzelne Betriebe versuchen sollten, die Frei-
zügigkeit der Arbeiter irgendwie einzuschränken, oder wenn sie sonst-
wie illegale Zwecke verfolgen, dann würde das Kriegsamt sie nicht
mehr mit Aufträgen versorgen, was eine außerordentlich wirksame
Waffe darstellt.

Das Reichswirtschaftsamt wird neben Vertretern der Unternehmer
auch solche der Angestellten und Arbeiter heranziehen.
Das kann aber nicht von dem einen Tag auf den anderen geschehen.
Ich kann mich nicht darauf einlassen, etwa die verschiedenen Rich-
tungen der Arbeiterschaft oder womöglich gar nach politischen Ge-
sichtspunkten zu berücksichtigen. Ich werde mir Vertreter der
Arbeiterschaft suchen, die von der Sache etwas verstehen und mir
die Zuversicht geben, daß ich von ihnen ein brauchbares Urteil
erwarten kann. Die politische Richtung ist mir einerlei. Auch von
arithmetisch-paritätischen Besetzung halte ich nichts.

Die Auffassung über die Wichtigkeit parlamentarischer
Beiräte entspricht durchaus meiner Auffassung. Außer den be-
ruhmwürdigen Beamten sollen ja auch Vertreter der erwerbenden
Stände herangezogen werden. Ein harmloser Scherz von mir ist
mehrfach mißdeutet worden. Wiederholt war darauf hingewiesen
worden, die Heranziehung von Interessenten habe auch etwas Be-
denkliches an sich. Darauf hatte ich gesagt, daß man demnach höchst
erfreulicherweise zu den Beamten noch immerhin mehr Vertretern
habe als zu den Interessenten. Deshalb hat man mir Annäherung
und Ueberhebung zugeschrieben. Das ist eine starke Uebertrieb-
ung. So etwas liegt dem Amt vollständig fern. Von der Schaffung
besonderer Stellen mit engumgrenzten Aufgaben bei meinem Amte
halte ich nichts. Alle Beamten des Amtes müssen in lebendigem
Zusammenarbeiten stehen.

Die Bedürfnisse und Wünsche einer bestimmten Berufsgruppe
werden durch ihr nahestehende Persönlichkeiten bei meinem Amte
vertreten werden. Jeder Berufsgruppe soll zu seinem Rechte kom-
men. So ist vom Handwerk der Sekretär des Deutschen Hand-
werkslammertags Dr. Meusch als Referent in meinem Amte be-
schäftigt. In Anknüpfung an die Preisprüfungsstelle ist ein Beobachtungsdiensst eingerichtet worden, der im beson-
deren die Produktionsverhältnisse während des Krieges statistisch
erfaßt. Bei der Knappheit der Papiervorräte ist eine allen Be-
dürfnissen Rechnung tragende Verteilung schwer. Welchen Maß-
stab man auch anlegen mag, es werden immer an irgendeiner
Stelle Unzuträglichkeiten auftreten. Dann muß eben eine Aus-
nahme gemacht werden. Aber irgendeine feste Unterlage muß da
sein; denn die verteilende Stelle kann unmöglich in alle einzelnen
Verhältnisse hineinblicken, sie kann nicht wahllos nur nach dem